

Solidarität

unsere Chance

Nummer 158

August 2022

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: www.prosv.at * www.prodemokratie.com

Mehr Sozialstaat statt Milliarden für Aufrüstung und Krieg!

Während die Konzerne Gewinne schreiben, steigen für die Masse der Bevölkerung die Preise für Wohnen, Lebensmitteln, Energie enorm. Der „Teuerungsausgleich“ ist ein Hohn! Zudem soll das Arbeitslosengeld gekürzt werden. Das trifft alle, besonders aber die 1,5 Millionen Menschen an und unter der Armutsgrenze. Gleichzeitig wird Österreichs Militärbudget heuer von 2,7 auf 4,5 Mrd. Euro jährlich erhöht. Weitere 10 Mrd. Euro, getarnt als „Neutralitätsfonds“, sollen zur Anpassung und Eingliederung des Bundesheeres in die EU/NATO-Kriegs-Aufrüstung fließen.

Verwendung der Milliarden-Extragewinne aus Krisen- und Kriegsspekulation gegen Teuerung und Armut!

Man trommelt: für die Werte Freiheit und Demokratie müssten alle Opfer bringen. Da gibt es nur mehr eine Sorte Meinung. Doch da geht es nicht um unsere Werte und Freiheit, son-



dern um die Freiheit der Konzerne, für die Werte-Steigerung ihrer Aktien, dafür, weiter Profite auf unsere Kosten machen zu können. Dafür sollen wir Opfer bringen.

Kein Krieg rechtfertigt einen Neutralitätsbruch!

Anlässlich des Kriegs in der Ukraine, machen alle Medien Meinung, dass Österreich seine Neutralität überdenken muss. Sicher nicht! Gerade in heißen Kriegen sich auf eine Seite zu stellen bedeutet, Angriffsziel zu werden. Dadurch kommt Österreichs Bevölkerung in Gefahr! Neutralität: das macht den Unterschied zwischen Krieg(s-teilnahme) oder Frieden, ob österreichische Soldat*innen mitmarschieren und sterben oder nicht!

INHALT

Aufruf – offener Brief:
Unsere Neutralität –
unsere Sicherheit

Quarantäne-Aus:

Arbeiten bis zum
Umfallen?

Ukraine-Krieg:

Von langer Hand geplant

Teuerung:

Keine Entlastung

AUVA + ÖGK

Raubzug statt
Patientenmilliarde

Nein zum Krieg! JA zur Neutralität!

Österreichs Neutralität ist heute wichtiger denn je!

Wir lehnen den Krieg Russlands gegen die Ukraine entschieden ab. Der Krieg ist sofort zu stoppen, er verursacht unsägliches Leid, Verletzte, Tote, Zerstörung. Beide Seiten müssen unverzüglich einen Waffenstillstand verhandeln! **SCHLUSS MIT DEM KRIEG!** Russland raus aus der Ukraine – NATO/EU nicht hinein in die Ukraine!

Der Krieg Russlands in der Ukraine ist nicht der Krieg der Völker, der einfachen Menschen in Russland und in der Ukraine. Russlands Krieg ist auch nicht wirklich nur ein Krieg Moskaus gegen Kiew. Es ist ein Krieg des bedrohten Räubers Russland gegen den viel größeren Räuber USA/NATO, die hinter der Ukraine stecken und gegen die EU, die mitmacht. Es ist primär ein Krieg der USA/NATO gegen Russland und China.

Aufruf – Offener Brief

Mit dem auf der Seite 3 und 4 dieser Zeitung abgedruckten AUFRUF / OFFENEN BRIEF gehen wir zwecks Verteidigung und Beibehaltung von Österreichs Neutralität an die Öffentlichkeit.

Die Haltung der österreichischen Regierungen war und ist seit langem davon geprägt, die Neutralität zwar im Munde zu führen, diese aber gleichzeitig immer mehr auszuhöhlen. Die langjährigen Bestrebungen, unser Land immer mehr in die EU-Aufrüstungs- und Kriegspläne zu integrieren und die zuletzt vehementen Bestrebungen, Österreich sogar in die NATO zu führen, sind bekannt. Doch 90% der Österreicher sind für die Beibehaltung der Neutralität. Richtig. Denn unsere Neutralität ist umso wichtiger, je mehr die Gefahr eines großen Krieges zunimmt.

Der AUFRUF / OFFENE BRIEF Unsere Neutralität – unsere Sicherheit soll von möglichst vielen Menschen unterstützt werden. **Bis zum Redaktionsschluss am 1. August 2022, haben als Erstunterzeichner*innen diesen Brief u.a. unterstützt:** *Dr. Eva Novotny, Erziehungswissenschaftlerin; Prof. Dr. Heinz Gärtner, Politologe, Uni Wien; Dr.in Birgitt Haller, Politologin, IKF; Dr. Wiltrud Breuss, Prof. Pascal Lottaz, PhD; Udo Bachmair, Bakk, Journalist, Präsident des Vereins für Medienkultur; Kaplan Franz Sieder, Betriebsseelsorger, ACUS; Alois Reisenbichler, Wiener Friedensbewegung, u.a. oder Kulturschaffende wie Prof. Peter Weibl, Franzobel, Schriftsteller; Erwin Steinhauer, Schauspieler, Kabarettist; Prof. Dr. Andreas Pittler, Schriftsteller; Mag. Georg Herrnstadt, Musiker, Regisseur, Schauspieler, Philosoph; Beatrix Neundlinger, Musikerin, Coach; Erwin Riess, Schrifftsteller; Dr. Kurt Palm, Autor, Regisseur; u.a., oder Betriebsrät*innen aus verschiedenen Bereichen und Branchen wie Druck- und Verlagswesen, Metall und Bergbau, Transport, Gesundheit, Energie wie z.B. wie z.B. Martin Müllauer (BRV Morawa Buch und Medien GmbH), Robert Wurm (ZBRV Postbus AG), Erik Lenz (ZBRV AUVA), Reinhard Streinz (Ang.-BRV voestalpine Stahl GmbH, Landesvorsitzender GPA-OÖ), Johann Hubmann (Konzern-BRV der Energie Steiermark), BRV Markus Simböck, DGKP, u.a. ...*

Wir freuen uns sehr und finden es wichtig, dass viele weitere Kolleg*innen diesen AUFRUF / OFFENEN BRIEF unterstützen und auch andere Kolleg*innen zur Unterstützung einladen.

Es braucht einen Zusammenschluss aller Österreicherinnen und Österreicher, die sich gegen die Verletzung und für die Erhaltung der Neutralität einsetzen! Über baldige positive Antworten freuen wir uns sehr!

Mit kollegialen und solidarischen Grüßen

Die Initiatoren: Österreichisches Solidaritätskomitee & Plattform pro Demokratie
www.prosv.at / www.prodemokratie.com

Unterstützungserklärungen bitte schicken an: oesolkom@gmx.at





Unsere Neutralität – unsere Sicherheit

An die Bevölkerung Österreichs

Die Unterzeichner*innen dieses offenen Briefes erwarten von Bundespräsident Van der Bellen, der Bundesregierung, dem Nationalrat und allen öffentlichen Institutionen, die immerwährende Neutralität Österreichs einzuhalten und zu schützen. Österreichs Neutralität muss nicht „überdacht“, sondern mehr denn je aktiv gelebt werden. Unsere Volksvertreter*innen sind angehalten, sich an die Neutralität zu halten, sodass Österreich nicht wieder in einen Krieg hineingezogen wird. Anlässlich der Bundespräsidentenwahl richten wir dieses Schreiben insbesondere auch an Bundespräsidenten van der Bellen.

Österreichs immerwährende Neutralität ist heute, gerade in Zeiten von heißen Kriegen, wichtiger denn je! Der Krieg Russlands gegen die Ukraine, ein Verstoß gegen das Völkerrecht und das Minsker Abkommen, ist durch nichts zu rechtfertigen und entschieden abzulehnen. Dieser Krieg, der unsägliches Leid, Verletzte, Tote und Zerstörung verursacht, ist sofort zu stoppen. Beide Seiten müssen unverzüglich einen Waffenstillstand verhandeln!

Das Respektieren des Minsker Abkommens durch beide Kriegsparteien samt der schon einmal von Präsident Selenskyj ins Gespräch gebrachten Angebote an Moskau – mögliche Neutralität, Einigung über die Anerkennung der Krim und Referenden über den zukünftigen Status der Donbass Republiken – würden eine reelle Chance für einen Frieden bieten. Andernfalls droht ein langer wählender Zermüblings- bzw. Zerstörungskrieg, der in einen noch größeren Krieg münden kann.

Immer mehr wird sichtbar: Die Ukraine dient als Aufmarschgebiet und Schlachtfeld zwischen USA/NATO-Interessen in Europa und Russlands Interessen. Wir dürfen nicht auf einem Auge blind sein. Die Gefahr kommt nicht nur vom Osten, sondern auch vom Westen, von der USA/NATO- und EU-Militarisierung – inklusive des nun auch massiv aufrüstenden Deutschlands.

Immer mehr lassen sich die EU-Staaten in die USA/NATO-Aufrüstungs- und Kriegsspirale hineinziehen. Mit allen ökonomischen und sozialen Folgen und Lasten für die Bevölkerungen Europas. Die Krisenfolgen werden mehr denn je auf die Masse der Menschen abgewälzt. Nach den Folgekosten der Pandemie steigen nun die Preise für Wohnen, Lebensmittel, Energie enorm! Die riesige Teuerung der Lebenshaltungskosten ist für immer mehr Menschen nicht verkraftbar.

Österreich hat als immerwährend neutraler Staat die Chance, sich nicht in Aufrüstung und Krieg hineinziehen zu lassen. Es muss seinen beim EU-Beitritt erreichten Neutralitätsvorbehalt, d.h. keine Beistandspflicht im Kriegsfall, nicht erst bei noch größerer Gefahr für die österreichische Bevölkerung, sondern schon jetzt umsetzen. Das heißt: kein Mitmachen bei EU- und oder USA/NATO-Aufrüstung und Kriegsbeteiligung – weder direkt noch indirekt (z.B. durch die Genehmigung des Transits von Militärgeräten und Waffenlieferungen durch Österreich zu Luft, Land oder Wasser; oder durch Mitfinanzieren von Waffenlieferungen über Österreichs EU-Mitgliedsgelder aus den diversen EU-Töpfen).

Putins völkerrechtswidriger Krieg in der Ukraine darf gerade im neutralen Österreich nicht dazu dienen, die Bevölkerung für die Kriege der Großmächte und Konzerne zahlen oder auch den Kopf hinhalten zu lassen. Denn in Wirklichkeit wird nicht um europäische Werte gekämpft, sondern um den Einfluss des westlichen Kapitals gegen das östliche Kapital. Jegliche Art des Mitmachens oder der Teilnahme verschlimmert den Krieg und macht Österreich überdies zur Kriegspartei.

In der österreichischen Verfassung ist die immerwährende Neutralität festgeschrieben. Das Bundesverfassungsgesetz über die **N e u t r a l i t ä t** Österreichs wurde am 26. O k t o b e r 1955 im Nationalrat beschlossen. Im Artikel 1 heißt es:

„(1) Zum Zwecke der dauernden Behauptung seiner Unabhängigkeit nach außen und zum Zwecke der Unverletzlichkeit seines Gebietes erklärt Österreich aus freien Stücken seine immerwährende Neutralität. Österreich wird diese mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln aufrechterhalten und verteidigen.“

Fortsetzung nächste Seite

(2) Österreich wird zur Sicherung dieser Zwecke in aller Zukunft keinen militärischen Bündnissen beitreten und die Errichtung militärischer Stützpunkte fremder Staaten auf seinem Gebiete nicht zulassen.“

Der Bundespräsident ist auf die österreichische Verfassung und damit auf die immerwährende Neutralität angelobt. Der Bundespräsident ist der Oberbefehlshaber des österreichischen Bundesheeres, das auf die Verfassung und damit auf die immerwährende Neutralität Österreichs vereidigt ist. Gerade jetzt, wo Krieg in Europa herrscht, erwarten wir vom Bundespräsidenten, allen Versuchen von verschiedenen Parteien und Interessenvertreter*innen oder Militärs, die österreichische Neutralität zu relativieren bzw. sogar aufzuheben, entschieden entgegenzutreten und alles daran zu setzen, dass sich Nationalrat, Bundesregierung, Bundesheer, alle öffentliche Institutionen an die immerwährende Neutralität halten!

Alle unsere Volksvertreter*innen sind auf die Verfassung und damit auf die immerwährende Neutralität vereidigt! Das heißt, sie haben dafür zu sorgen, dass Österreich nicht weiterhin an den EU-Aufrüstungsplänen, sei es an dem militärische Kerneuropa (SSZ), sei es an der EU-Militär-Zusammenarbeit (PESCO), teilnimmt. Das Bundesheer soll unsere immerwährende Neutralität schützen und nicht im Ausland mit EU-, NATO- oder USA-Kampftruppen für Großmachtinteressen und Konzernprofite das Leben österreichischer Soldaten riskieren. Das bringt unser Land in Gefahr, das ist mit Österreichs immerwährender Neutralität unvereinbar. Nur die Nichtteilnahme an Aufrüstung und Krieg von USA/NATO/EU oder anderer Mächte bringt unserem Land Sicherheit.

Die immerwährende Neutralität Österreichs wurde als Folge von zwei verheerenden Weltkriegen erklärt. Das entsprach dem Wunsch der österreichischen Bevölkerung, nicht mehr an Deutschland und/oder andere Großmächte bzw. Großmachtblöcke und Bündnisse angeschlossen zu werden, nicht mehr mitzumarschieren, nicht mehr für Großmachtinteressen – auf welcher Seite auch immer – in Kriege gezwungen zu werden oder gar sich selbst aktiv an Kriegen zu beteiligen. **90% der Österreicher*innen sind für die immerwährende Neutralität Österreichs!**

Wir brauchen keine „neue Sicherheitsdoktrin“. Unsere Sicherheitsdoktrin heißt immerwährende politische, wirtschaftliche und militärische Neutralität. Und das ist gut so, ist einzuhalten und zu respektieren. Das heißt, auch den Willen der Bevölkerung zu respektieren. Alles andere ist undemokratisch.

Österreich kann und soll zu einer Ära der aktiven und engagierten Neutralitätspolitik auf Basis seiner immerwährenden Neutralität zurückkehren. Es kann wieder zu einem kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Brückenschlag zwischen Ost und West, zwischen Nord und Süd und damit zum internationalen Frieden beitragen.

Mehr Sozialstaat statt Aufrüstung und Krieg Für ein immerwährend neutrales, unabhängiges und demokratisches Österreich

Unsere Neutralität – unsere Sicherheit



Wer diesen OFFENEN BRIEF unterstützen will, richtet die Unterstützungserklärung unter Angabe von Namen, Beruf (Tätigkeit), Betrieb, Funktion, E-Mail-Adresse bitte an: oesolkom@gmx.at

Herzlichen Dank!

Die Initiatoren des OFFENEN BRIEFES sind:

Österreichisches Solidaritätskomitee & Plattform Pro Demokratie

www.prosv.at / www.prodemokratie.com

Allfällige Rückfragen bitte richten an: oesolkom@gmx.at

9,2 %

Das ist die Teuerung im Juli 2022. Die Wirtschaftsforscher erwarten heuer sogar noch zweistellige Teuerungsraten und auch in den nächsten zwei Jahren eine hohe Inflation.

Die Regierung verkauft ihre Einmalzahlungen als „Entlastung“, doch gleicht all das die Belastung für die Haushalte nicht aus. Die Hilfe für die Menschen ist ein Tropfen auf den heißen Stein und zieht sich wie ein Kaugummi.

Die Sozialleistungen werden erst ab 2023 automatisch mit der Inflationsrate angehoben. Die Sozialleistungen selbst aber werden vorher nicht angehoben, bleiben weit unter der Armutsgrenze!

Die Regierung ist treffsicher für die Betuchten und schützt die Reichen. Die arbeitenden Menschen sollen für die Gewinne und Extraprofite der Konzerne und die Superdividenden der Aktionäre „sparen“ und Opfer bringen.

Während Regierung und Konzerne, die Reichen in Saus und Braus leben und in Korruption versinken, sollen wir weiter Reallohnverluste und noch mehr Einschränkungen des Lebens auf uns nehmen. Auch wird schon wieder von der „Pensionslücke“ gefaselt und dass wir länger als bis zum 65. Lebensjahr arbeiten sollen/müssen. Bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung sind aber nicht in Sicht. Daher: NEIN, damit muss Schluss sein!

„Der Markt“ wird es nicht richten – daher: Preisstopp und Preisregulierung

Sowohl die Regierungs- als auch die Oppositionsvorschläge sichern – Krise, Pandemie, Krieg hin oder her – vor allem die Profite der Konzerne ab.

Daher ist zumindest ein staatlicher Preisstopp, eine staatliche Preisregulierung für Grundnahrungsmittel, Mieten, Energie als sofortige Erstmaßnahme erforderlich. Letztendlich

kann nur eine Gesundheits- und Energieversorgung, ja zumindest die Daseinsvorsorge insgesamt, in der öffentlichen Hand, die nicht auf Profit, sondern auf Versorgungssicherheit und Preisstabilität ausgerichtet ist, der einzige Weg sein, den Spekulationen des „freien Marktes“, der Profitmaximierung der Konzerne Einhalt, zu gebieten. Nur so kann die Versorgung garantiert und können die Kosten gesenkt und im Interesse der Konsument*innen in den Griff bekommen werden.



Die „Liberalisierung“ rächt sich

Was hat man uns nicht alles erzählt und versprochen: dass Milch und Honig fließen würden, wenn der Staat immer weniger, die privaten und privatisierten Konzerne immer mehr das Sagen haben würden. So wurden einst staatliche Banken, Stahl-, Telekom-, Öl-, Gas- und Stromkonzerne auch in Österreich (teil)privatisiert. Etliche Jahrzehnte wurden so die Gewinne der zuvor von der Masse der arbeitenden Menschen errichteten verstaatlichten Betriebe ganz oder zum großen Teil an private Aktionäre ausgeschüttet. Doch schon bei der Finanzkrise 2008 und erst recht seit der Pandemie 2020 oder dem Ukraine-Krieg 2022 halten die privaten Konzerne beim Staat die Hand auf – und bekommen Milliarden über Milliarden an Förderungen, scheffeln aber gleichzeitig Profite wie noch nie („Übergewinne“). Ihre Profite wollen sie vom Staat garantiert haben, dafür ist ihnen der Sozialstaat gut. Wenn es aber um die soziale Absicherung von Millionen von Menschen geht, heißt es von Industrie, Konzernen und ihren Politikern: „zu viel Sozialstaat“, die Leute würden in der „soziale Hängematte“ liegen statt zu arbeiten und so weiter und so fort.

Profitstopp statt Almosen!

Weil darüber der Unmut in der Bevölkerung groß ist und zunimmt, macht die Politik in Worten Druck auf teilstaatliche Konzerne wie den Verbund. Der kündigte daraufhin an, an den Staat eine Sonderdividende von 400 Millionen Euro zu zahlen.

Christian Kern, der frühere Verbund-Vorstand und ÖBB-Chef, jetziger Energiemanager und als ehemaliger SP-Kanzler mit seinem „Plan A“ der Industrie zugetan, rechnet am Beispiel des Verbundes, der 30.000 Gigawattstunden (GWh) Strom aus Wasserkraft erzeugt vor, dass das ein Butterbrot ist:

„Ihr Preis ist binnen 12, 13 Monaten von rund 55 Euro pro GWh (Gigawattstunde) auf 235 Euro gestiegen. Das sind 180 Euro Preisschub. Wenn ich das mit 30.000 GWh multipliziere, sind das rund 5,4 Milliarden Euro zusätzliches Profitpotenzial nur aufgrund des Preissprunges“ (Wiener Zeitung, 11./12. 6. 2022).

Und die anderen Unternehmen, z.B. die E-Gesellschaften der Länder oder weitere teilstaatlichen Konzerne (z.B. OMV, Casinos)? Allein die OMV hat ihren Gewinn von 2021 auf 2022 um 156% auf fast 5,6 Milliarden Euro erhöht! Ganz zu schweigen von den großen, ganz privaten Konzernen. Die werden – nicht einmal in Worten – angetastet.



Aus: Die Tageszeitung

Die Bevölkerung zahlt nicht nur den für sie angekündigten „Teuerungsausgleich“ praktisch selbst, sie zahlt auch die staatlichen Stützungen für die Konzerne und über die steigenden Preise, die die Regierung nicht deckelt und reguliert, weiter das staatlich garantierte Profitmachen der Konzerne.

Fortsetzung Seite 6

Preise runter ...

... fordern AK, und ÖGB zurecht auf der von ihnen organisierten Preisrunter-Konferenz vor 3.200 Betriebsrät*innen. Und was passiert jetzt, fragten nicht wenige Teilnehmende vor Ort im persönlichen Gespräch nach der aufwändigen Inszenierung, und verließen etwas ratlos die Marx Halle in Wien. Denn weder ein konkreter Plan noch ein konkretes Ziel wurde mit auf dem Weg gegeben. Einzige Botschaft: Man sei mit der Regierung im Gespräch, die aber wolle in Wirklichkeit ÖGB und AK nicht dabei haben, man bleibe aber dran. Doch von Worten lassen sich die Regierenden nicht beeindrucken und von Worten haben auch die Mitglieder und Beschäftigten nichts. Wann, wenn nicht jetzt müssen Gewerkschaften, AK, SPÖ auf Trab kommen. Sie allesamt müssen sich aus der fast sklavenhaften Klammerung an die „Sozialpartnerschaft“ lösen. Sie haben für uns, nicht für die „Sozialpartner“ da zu sein!

Mehr handeln, weniger verhandeln

Es führt kein Weg an einer Auseinandersetzung mit der Unternehmerseite und ihrer Regierung vorbei. Warum? Unternehmer und Regierung führen seit Jahren, seit Finanzkrise, Corona, Krise und Krieg ganz offen einen Klassenkampf von oben gegen die arbeitenden Menschen.

Daher: Proteste, Demos, Betriebsversammlungen, Arbeitsniederlegungen, Streiks werden eher früher als später notwendig sein. Andernfalls bekommen wir nichts. Vom Finanzminister bis zu Wirtschaftskammer, Industriellenvereinigung, WIFO oder Fiskalrat wird schon „Lohnmäßigung“ für die Kollektivvertrags-Verhandlungen im Herbst gefordert.

Wenn die Arbeiter und Angestellten, die Arbeitslosen, Sozialhilfebezieher, Pensionist*innen, Lehrlinge, Studierende, tatkräftig ermutigt und unterstützt durch ihre Vertreter*innen in Betrieb, Gewerkschaft, AK, nicht schnell öffentlich Zeichen setzen, ja, massiven Protest und Widerstand organisieren und leisten, dann tun und missbrauchen das (schon jetzt) die Rechten in- und außerhalb des Parlaments.

Die Rechten missbrauchen die Not, Ausweglosigkeit, Wut, Empörung der Menschen.

Wir Betriebsrät*innen und Gewerkschafter*innen aber wissen natürlich, dass die Rechten das nicht im Interesse der Arbeiter und Angestellten, der Masse der Bevölkerung machen. Im Gegenteil, sie sollen die enttäuschen und im Stich gelassenen Menschen von den wirklichen Verursachern von Krise und Krieg ablenken: von den Unternehmern, Konzernen, Banken, Versicherungen, Rüstungsfirmen, Börsenspekulanten, usw., Die Rechten säen Hass zwischen den Menschen, spalten und hetzen sie gegeneinander auf. Die Menschen sollen sich gegenseitig den Schädel einschlagen, statt sich zusammenschließen und gemeinsam gegen die Profitmacher, Krisen- und Kriegsgewinnler zu organisieren und zu wehren.

Das ist Aufgabe und Zweck der Rechten. Es sind die gleichen Kreise, die solche Gruppen und Parteien finanzieren, die gleichzeitig von Krise und Krieg, von der Spaltung der Gesellschaft, der Verarmung, Angst und Ohnmacht der Menschen profitieren.

Dem sollen und müssen wir die organisierte Kraft von Personalvertreter*innen, Belegschaften, Einzelgewerkschaften, ÖGB, Mitgliedern von AK, ÖGB, Verbänden der Pensionist*innen und Arbeitslosen, entgegensetzen! Wenn wir nicht sichtbar und hörbar sind, werden die Menschen sich wo anders hinwenden – und die Rechten sind organisiert, laut, von Unternehmern finanziert, bereit und im wahrsten Sinne des Wortes schlagfertig, Unmut aufzufangen und für noch autoritärere Strukturen und Machtausübung umzufunktionieren.

ÖGB-, SPÖ- und AK-Spitzen tragen Mitverantwortung daran, wenn sie dagegen nichts unternehmen, organisieren. Jetzt, beharrlich und ständig, im Betrieb und auf der Straße – gegen die Unternehmer und ihre zunehmende Willkür!

Warten wir aber auch nicht, bis SPÖ, AK oder ÖGB sich bequemem zu etwas aufzurufen. Wartet Frau und Mann nämlich zu lange, dann

kommen die Aufrufe der Oberen zu spät, dann ist der Protest nur pro forma, dann ist alles weg, wie schon geschehen bei 8-Stunden-Tag, 40-Stunden-Woche, Daseinsvorsorge in staatlicher Hand oder Sozialversicherung in Arbeiter- und Angestelltenhand.

Seien wir nicht faul, nicht bequem. Werde jeder von uns selbst aktiv. Überlegen wir, was wir vor Ort selbst machen können. Und: verlangen, ja fordern wir als Mitglieder, als Betriebsrät*innen, Personal- und Belegschaftsvertretungen, AK-Räte, unsere gewählten Vertretungen auf, uns dabei aktiv zu unterstützen und selbst das Gewicht der Organisation in die Waagschale zu werfen. Das stärkt den Einzelnen, das stärkt die Organisationen, das stärkt das Gemeinwesen, das schafft eine solidarische Gesellschaft.

Hoffnung auf ein Einsehen oder Einlenken der Regierung oder der Unternehmerseite, die Krisen- und Kriegsfolgen nicht auf die arbeitenden Menschen abzuwälzen ist vergebens. Das haben die letzten Jahre gezeigt. Aber noch mehr: hoffen und Stillhalten fördert sogar noch die Unverfrorenheit von Regierung und Unternehmern und die von ihnen finanzierten und in ihren Medien durch entsprechende „Berichterstattung“ aufgewerteten Rechten.

**Solidarität ist unsere Stärke!
Widerstand ist unsere Chance!**

So geht's uns heute

Zwei Millionen Menschen in Österreich haben Einbußen bei ihrem Einkommen. Unerwartete Ausgaben in der Höhe von 1.300 Euro sind für rund 1,7 Millionen Menschen nicht machbar, kleine Wünsche wie einen Kinobesuch leisten sich rund 770.000 Menschen nicht mehr. Rund 800.000 haben Schwierigkeiten, die laufenden Ausgaben zu decken. Und auf den jährlichen Urlaub verzichten rund 1,5 Millionen Menschen.

Und das war alles noch vor dem jetzigen Teuerungsschub!

(Umfrage im Auftrag von Sozialministerium und Eurostat, Dezember 2021, zit. nach Kurier, 10.7.2022)

Entlastung der Bevölkerung durch Senkung des Unfallversicherungsbeitrags?

„Der Beitragssatz zur Unfallversicherung, den die Arbeitgeber zahlen, wird schon wieder gesenkt. Von 1,2% mit Jänner 2023 auf 1,1% der Lohnsumme. Die Bundesregierung sieht dies als Entlastung für die Bevölkerung.

In Wahrheit bringt die Maßnahme aber einem Großteil der Bevölkerung gar nichts. Und während Arbeitnehmer*innen mit Einmalzahlungen abgespeist werden, ist die Beitragssenkung als Zuckerl für die Arbeitgeber wie man heute so schön sagt „nachhaltig“, weil dauerhaft.

Im Sinne der Versicherten und der Beschäftigten der AUVA wäre es erfreulich gewesen, wenn der Widerstand gegen diesen Beschluss in der Öffentlichkeit stärker präsent gewesen wäre. Ob es was geholfen hätte, kann ich nicht sagen. Aber zumindest wären dadurch die exzellenten Leistungen, die in der AUVA erbracht werden in den Vordergrund gerückt. So bleibt wohl in der Öffentlichkeit der Eindruck, dass hier Geld abgezogen wird, das niemand abgeht. Wenigstens hat der Generaldirektor Vertretern des ZBR gegenüber die Ansicht vertreten, dass keine zusätzlichen Sparmaß-



Foto: NRAbg. Rudolf Silvan. Er macht die Profiteure sichtbar

nahmen erforderlich wären.

Wie schon bei der letzten Beitragssenkung profitieren wieder Unternehmen mit vielen Beschäftigten. Während sich mein Cousin, der eine Tischlerei mit vier Beschäftigten führt, jährlich weniger als 200 Euro erspart, läppert sich der Betrag beispielsweise in der AUVA selbst bei ihren eigenen Beschäftigten auf etwa 450.000 Euro. Und in der Summe aller Unternehmen in Österreich fehlen jährlich damit künftig ca. 125.000.000 Euro an Beitragseinnahmen. Nicht übersehen soll man dabei, dass die **letzte Beitragssenkung** aus dem Jahr 2019 **noch nicht verdaut ist** und die AUVA auf Grund der seither gerin-

geren Einnahmen – **trotz Sparmaßnahmen**, die die Beschäftigten stark belasten (Personaleinsparungen, AUVB⁺, ...), immer noch negativ bilanziert.“

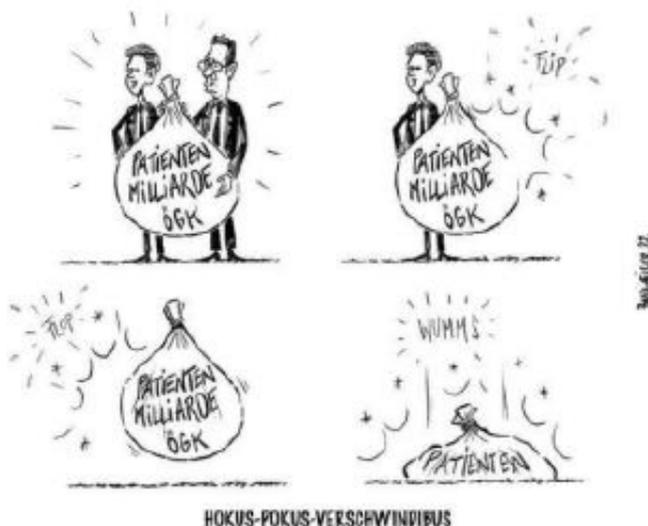
(Text aus: Mitarbeiter*innen-Informationen Juli 2022 des AUVA-ZBR, Überschrift, Foto und Logos von der Redaktion geändert/eingefügt)

⁺ AUVB = Allgemeine Unfallversicherungs-Betriebsgesellschaft m.b.H.



ÖGK

Wo ist die Patientenmilliarde?



„Ich habe sie nicht gefunden. Sie ist nicht vorhanden“ sagte Gesundheitsminister Johannes Rauch auf die Frage, wo denn die von der ÖVP/FPÖ – Regierung versprochene Patientenmilliarde sei (Kurier vom 9.7.2022, Seite 4). Auch der Rechnungshof hat gesucht und ist zu

einem ebensolchen Befund gekommen. Der meinte sogar, dass das neue System um über 200 Millionen mehr verbraucht hätte, als die alte Struktur. Und die ÖGK schreibt in einer Presseaussendung, dass sie ab 2023 ein Minus von über 100 Millionen jährlich erwarte. Nachdem wir uns in der größten Gesundheitskrise seit Bestehen der Sozialversicherung befinden, ist das kein Wunder. Aber dass das Minus so hoch ausfällt, hängt ebenso mit der oben angesprochenen Beitragssenkung zusammen. Bei der

Fortsetzung nächste Seite

Beitragsenkung wurde nämlich die Zahlung der AUVA an die ÖGK, damit niedergelassene Ärzte Arbeitsunfälle behandeln, ebenfalls gesenkt. 70 Millionen Euro fehlen dadurch allen Krankenversicherten, damit auch Kindern, Arbeitslosen und Pensionsbezieher*innen.

Natürlich sind wir Beschäftigten der AUVA ebenfalls bei der ÖGK krankenversichert. Und manchmal ist eventuell schon die Diskussion aufgetaucht: Warum wird diese oder jene Leistung nicht durch die ÖGK bezahlt? Zu befürchten ist, dass es in den nächsten Jahren keine großen Leistungsverbesserungen für Krankenversicherte geben wird, weil die Arbeitgeber weniger in die AUVA einzahlen.

Und wo ist sie nun wirklich, die Patientenmilliarde? Einer scheint es

zu wissen, ein ehemaliger AUVA-Bediensteter und stellvertretender Klubdirektor der ÖVP meint zum Bericht im Profil auf Twitter:

„Der durch die Organisationsreform geschaffene gesetzliche Kündigungsschutz für die Mitarbeiter hat dazu geführt, dass die ursprünglich berechnete Einsparungspotenziale nur langsamer realisiert werden können.“

Und ein nicht gerade unbedeutender weiterer Türkiser, ÖVP-Klubobmann August Wöginger, übernimmt die Aussage praktisch 1:1 (Profil vom 9.7.2022): Für die fehlende Patientenmilliarde macht er Corona und einen Kündigungsschutz für Kassen-Mitarbeiter verantwortlich. Und er verspricht:

„Bis zum Jahr 2025 wird die ÖGK

bei gleichbleibendem Aufgabenportfolio rund 200 Planstellen im Verwaltungsbereich einsparen.“

Die Privilegien sind's demnach, die **Mitarbeiter*innen sind schuld** oder die Dienstordnung, oder beide. Scheinbar sollten im größeren Stil Mitarbeiter*innen abgebaut werden, um die politisch groß angekündigten Ziele zu erreichen. Da freut man sich ja richtig auf die Kollektivvertragsverhandlungen im Herbst, gell? Da kann ich mir die Forderungen der Arbeitgeberseite schon vorstellen. **Am Ende sollen wohl noch die Mitarbeiter*innen der Sozialversicherung die Patientenmilliarde zahlen ...“**

*(Text aus: Mitarbeiter*innen-Informationen Juli 2022 des AUVA-ZBR, Überschrift von der Redaktion)*

Zum Tod der oö. Hauärztin Dr.in Lisa-Maria Kellermayr

„Ich hoffe, dass sich in (Ober-)österreich nie wieder ein/e Angehörige/r des Gesundheits- und Sozialsystem (GuSS) so im Stich gelassen fühlt wie es offensichtlich bei Kollegin Hausärztin Dr.in Lisa-Maria Kellermayr der Fall gewesen sein muss. Meine Gedanken sind in diesen schweren Stunden bei der Familie und den Freunden. Ich wünsche Ihnen mein Beileid. Meine Gedanken sind aber auch bei allen anderen Kolleg-innen, welche im Gesundheits- und Sozialsystem tätig sind. Ich behaupte, dieser Vorfall löst bei uns allen Ängste und Sorgen aus. Müssen wir uns jetzt auch um unser Leben fürchten, wenn wir versuchen, Menschen nach bestem Wissen und Gewissen zu behandeln, therapieren, pflegen, operieren, beraten? Wer wird uns vor Drohungen bzw. möglichen Gewalttaten schützen?

Der Schutz MUSS meiner Meinung nach von Politike-rinnen, Eigentümer-innen von Gesundheits- und Sozialbetrieben bzw. deren Geschäftsführer-innen, Polizei und Gerichtsbarkeit sichergestellt werden!

Es wird von den Verantwortlichen meist (um nicht zu schreiben - immer) behauptet eh alles im Rahmen der Möglichkeiten

getan zu haben! Ich behaupte - DAS STIMMT SO NICHT!

Im Fall von Kollegin Dr.in Kellermayr hat unsere Exekutive und Legislative zumindest gezeigt, dass sie nicht ausreichend Schutz vor Hass und Hetze aus dem Internet, aber auch per E-Mail bieten können. Oft wird aus simplen Kostengründen die Sicherheit von Beschäftigten in Gesundheitsbetrieben nicht bestmöglich geschützt. Sei es, weil Personalkosten im Auftrag der (Landes-)Regierung eingespart werden müssen, oder behauptet wird, es wird niemand für diese Arbeit gefunden. Beides, aber auch Gesetze und Verordnungen, ließen sich aber leicht ändern, wenn die politisch verantwortlichen Landesregierungen und die Bundesregierung das nur ausreichend anstrebten.

Daher MUSS auch am Med Campus endlich SCHLUSS mit Alleinarbeitsplätzen in der Nacht sein. Ausreichend Sicherheitsdienste, Portiere und Schleusendienste MÜSSEN auch im landeseigenen Kepler Universitätsklinikum rund um die Uhr zur Verfügung gestellt werden! Auch im zweitgrößten Krankenhaus Österreichs sind sämtliche Formen von Gewalt (mündlich, schriftlich, körperlich, sexuell) leider an der Tagesordnung ...“

schreibt Helmut Freudenthaler, Vorsitzende des Angestelltenbetriebsrates des Kepler Universitätsklinikums auf seiner Facebook-Seite.

Spitalbeschäftigte fehlen

Bei einer Protestversammlung des Kepler Universitätsklinikums haben sich in Juni 700 Beschäftigte einstimmig für Warnstreiks im Herbst ausgesprochen.

Nach dem Quarantäne-Aus erwartet sich zwar die Geschäftsleitung eine Entlastung durch das Arbeiten von symptomlosen Corona-Positiven, die Betriebsrät*innen hingegen melden starke Zweifel an. Denn bei den 7.000 Beschäftigten des Krankenhauses, nach dem Wiener AKH das zweitgrößte Spital Österreichs, gab es schon vor der Pandemie eine stark steigende Belastung, sagt Ang.-BRV Freudenthaler. Für den Arbeiterbetriebsratsvorsitzenden am Med Campus, Michael Gruber, fehlt es an allen Ecken und Enden. Seit 2017 gab es schon 25 Überlastungsanzeigen. Die erwartete Entlastung durch das Weiterarbeiten von Corona-Positiven sieht die Personalvertretung nicht, weil das nicht funktionieren kann, dass das Personal ständig FFP2-Maske trägt. Außerdem gäbe es zu wenig Platz, damit Corona-Positive gesondert Pause machen können. Können die Beschäftigten nicht zumindest zwei Wochen Erholungsurlaub machen, ohne Dienste wieder vorher oder nachher einarbeiten zu müssen, gibt es im September Warnstreiks. Das Motto der Beschäftigten: **MEHR VON UNS** (Spitalsbeschäftigten). **BESSER FÜR ALLE** (Oberösterreicher*innen).

Corona: Quarantäne-Aus

Die Regierung gefährdet die Gesundheit der Menschen und schützt die Profite der Pharmakonzerne

Zuerst Quarantäne und Lockdown mit Polizeikontrolle nach Stasi-Methode, jetzt auf einmal Quarantäne-Aus.

Zuerst Impfpflicht, jetzt Aufhebung.

Zuerst Maskenpflicht, jetzt wird signalisiert: wer Maske trägt ist infiziert und gefährlich.

Selbstschutz und Fremdschutz wird so unterlaufen. Wer will, wenn er sich schützt, um nicht angesteckt zu werden, gleich als Infizierter gelten und schief angeschaut werden?

Zuerst heißt es testen, testen, testen, dann werden die PCR-Tests zurückgefahren.

Keine Testst – keine Daten. Keine Daten – keine Covid-Kranken und Covid-Toten.

Doch, schon vergessen? In der Opferstatistik, so musste die Regierung im Frühjahr zugeben, wurden tausende Tote „übersehen“! Schlamperei oder Vertuschung? Nichts bleibt von der geheuchelten Sorge um die Menschen.

Die selben Behörden verwalten auch die Meldungen über Langzeitfolgen nach Infektionen (ca. 20 – 25% nach deutschem Ärzteblatt) aber auch die Meldungen von negativen Impfreaktionen.

Long-Covid, das gemäß Neurologen rund 10% aller mit Covid Infizierten betrifft, eher sogar junge Menschen, wird in der öffentlichen Debatte völlig ignoriert, obwohl die Folgen schwerwiegend für die Leistungsfähigkeit und Gesundheit der Menschen, für die Gesellschaft durch die Folgekosten sind.

Aus den Augen, aus dem Sinn?

Weiter impfen, obwohl es keinen angepassten Impfstoff gibt.

Die Regierung stiehlt sich aus der Verantwortung, indem sie „Eigenverantwortung“ predigt und



die Menschen noch mehr der Wirtschaft und den Pharmakonzerne ausliefert.

Wer keine Symptome, aber Covid hat, soll/muss arbeiten gehen.

Krank in die Arbeit, arbeiten bis zum Umfallen?

Wie passt das alles zusammen?

Pharmakonzerne und Wirtschaft diktieren, die Regierungen springen.

Das gilt bei der Umstellung des ganzen Impfsystems von Totimpfstoff auf mRNA-Impfstoffe.

Das gilt beim Verimpfen der auf Lager befindlichen Dosen, obwohl die Wirkung bestenfalls immer kürzer ist.

Das gilt bei der Propagierung von Medikamenten gegen Covid, obwohl ein dzt. besonders propagiertes Mittel nur beschränkt zugelassen ist.

Wie sagte Gesundheitsminister Rauch in der ZIB 2 vom 27. Juli auf die Frage des Moderators, wer ihn unter Druck setze, die Quarantäne auszusetzen? Nein, er lasse sich von niemandem unter Druck setzen. Wir müssten eben mit Covid leben lernen. Dazu gäbe es ja die Impfung und Medikamente. Na, also. Dann ist

er nicht unter Druck gesetzt, aber vielleicht der oberste Regierungs-Pharmavertreter?

Das mRNA-Impfprinzip – und die Folgen

Mit dem neuen mRNA Impfprinzip werden auch Hoffnungen genährt durch vorsorgliche Impfungen gegen fast alle denkbaren Infektionen und Volkserkrankungen, wie Rheuma, Diabetes, hoher Blutdruck und hohe Cholesterinspiegel usw. die staatlichen Gesundheitskosten senken zu können, entsteht neben der enormen Profitgier der Pharmaindustrie auch massiver Druck von politischer Seite, wo die Gesundheitsbedürfnisse schon jetzt nicht ausreichend erfüllt werden. Das heißt, die öffentliche Hand will die Kosten für alle möglichen Impfungen übernehmen und wenn man dann trotzdem erkrankt, ist man selbst schuld daran und muss die Kosten privat tragen. Die Pharmaindustrie profitiert in beiden Fällen. Diese Profitinteressen drängen auch immer stärker zu einer autoritären Durchsetzung auf allen Ebenen, wie zum Beispiel einer Verpflichtung zu Impfungen und Impfnachweisen.

Fortsetzung nächste Seite

Überwachung und Kontrolle sollen künftig auch international über die ebenfalls von der Pharmaindustrie dominierte WHO erfolgen und werden von der Industrie gefordert. Die enormen Profite der Pharmakonzerne durch die Corona-Impfung und den Boostern betragen gegenwärtig **1.000 Dollar pro Sekunde - 100 Millionen am Tag** und sind ein Skandal. Ebenso skandalös sind die öffentlichen Mittel in Höhe von über acht Milliarden US-Dollar, welche BioNTech, Pfizer und Moderna für die mRNA-Forschung und den Bau von Produktionsanlagen erhalten haben. Das sind Steuergelder! Die Forschungsergebnisse gehören eigentlich in staatliche Hände!

Die Pandemie läuft weiter!

Die Situation bei der Pandemie ist weltweit leider unverändert. Das Virus, von dem anfangs von „Experten“ behauptet wurde, es sei „zu faul um zu mutieren“, ist mittlerweile wegen Millionen von Covid-Mutationen, die täglich mehr werden, von der internationalen Plattform „Nextstrain“, die diese genetischen Variationen erfasst, mit der vorhandenen Software nicht mehr visuell darzustellen. Man beschränkt auch dort bei der Visualisierung weltweit auf etwa 4.000 Genome und zeigt nur mehr verschiedene geographische Regionen in ihrer zeitlichen Veränderung.

Das heißt, was im Herbst an Mutationen kommt, oder auch nicht, ist ungewiss, trotzdem wird propagiert mit einem Impfstoff zu impfen, der schon gegen die jetzt langsam abflauende Omikron Welle nicht wirklich wirksam war und „vielleicht“, so wird gemunkelt, gibt es im Herbst einen an Omikron adaptierten mRNA-Impfstoff von Pfizer. Die versprochene schnelle Adaption des mRNA Impfstoffes funktioniert also nicht wie angekündigt, sondern hinkt zumindest zwei sich durchsetzenden Mutationen hinterher, was wegen der oben skizzierten rasanten Mutation des Virus aber verständlich ist.

Die zwei großen mRNA Konzerne sind sich ihrer Schwächen aber auch bewusst, was starke Anstrengungen bei der Modifikation am mRNA-Virusgenom, aber auch bei der Um-

hüllung mit Liposom-Nanopartikel zeigen. Es wird sogar versucht, das mRNA-Genom dahingehend zu modifizieren, dass es in den menschlichen Zellen fortwährend bis zum Erschöpfungstod der Zellen das Corona-Spikeprotein erzeugt und so weniger Impfstoff mit Nanopartikel verabreichen zu müssen.

Die Gefahr von Autoimmunreaktionen gegen Körperzellen wird damit jedoch um ein Vielfaches erhöht. Das heißt nicht nur die hinlänglich bekannten Nebenwirkungen, wie Herzmuskelentzündungen und Thrombosen werden verstärkt auftreten, sondern auch Autoimmunerkrankungen, die das Nervensystem, den Bewegungsapparat oder die Schilddrüse betreffen können. Die eingesetzten Lipid-Nanopartikel sind zum guten Teil auch für Nebenwirkungen verantwortlich, da sie einerseits als Impfstoffverstärker (Adjuvantien) und andererseits als schützendes Vehikel zum Eintritt der mRNA in die Zelle dienen und dabei „nebenwirken“. Die verkürzte schnelle Entwicklung und Vermarktung hatte eben auch ihren Preis bei der Qualität der Impfstoffe. Eine weitere Schwäche dieser mRNA Impfstoffe besteht darin, dass nur ein Oberflächenprotein (das Spikeprotein) von zahlreichen relevanten Virusproteinen zur Immunisierung benutzt wird und dieses sich in immer kürzeren Zeitabständen gleichfalls „abnützt“, da sich einerseits das Virus adaptiert und andererseits auch Abwehrmechanismen in Menschenzellen gegen fremde RNA immer wirksamer werden. Man müsste also in immer kürzeren Abständen „Boostern“ was nicht nur kostenintensiv, sondern auch für das Immunsystem äußerst fraglich ist. Ein überfordertes Immunsystem ist nämlich empfänglich für alle anderen Infektionen, aber auch für Krebserkrankungen. Der von „Valneva“ entwickelte **Totimpfstoff**, der nicht nur ein altbewährtes Impfprinzip und damit eine breitere Immunantwort und vielleicht auch eine längere Wirksamkeitsdauer und auch eine höhere Sicherheit bei Kindern und Menschen mit Autoimmunerkrankungen bringen könnte, scheint auf EU-Ebene und der mRNA Pharmalobby nicht wirklich er-

wünscht zu sein und wird höchstwahrscheinlich nicht zum Einsatz kommen.

Das könnte zum einen daran liegen, dass er schon eine sehr starke und auch neue und nicht unproblematische Impfstoffverstärkung braucht und deshalb gegenüber einem weiteren „Boostern“ mit einem mRNA-Impfstoffstoß keine großen Vorteile haben könnte, vor allem dann, wenn durch Vorimpfungen mit mRNA-Impfstoffen das Immunsystem vorwiegend nur auf das Spikeprotein konditioniert ist und alle anderen Proteine im Totimpfstoff vernachlässigt. Vielleicht ist aber für den Valneva-Hersteller auch das Restgeschäft nach dem breiten mRNA-Einsatz nicht mehr interessant und die Entwicklungskosten kommen über Tauschgeschäfte unter den Pharmariesen herein.

Wir können also „getrost“ in eine weitere Herbstwelle gehen, die Real satire geht weiter, sinnvolle Hygienemaßnahmen, Verhinderung von Massenkontakten, Masken, Mobilitätsreduktionen und Lüftungssysteme in Schulen werden wieder desavouiert, die Möglichkeit zur Impfung als Disziplinierungsmaßnahme wird weiter aufrechterhalten und sei es auch nur darum, um schon bestellte und bezahlte Impfstoffe (38 Millionen Dosen um 500 Millionen Euro) aufzubrechen (das reicht auch für den fünften Stich). Die Darsteller der „Soap Opera“ werden wohl schon auch noch mehrfach wechseln und tun das auch schon bis wir zum vierten und fünften Stich gerufen werden.

(Text, gekürzt aus: GGAE, 2/22, HH)



Von langer Hand geplant

Die US-Pläne, die Ukraine als Aufmarschgebiet der USA gegen Russland zu verwenden, gibt es schon seit über 30 Jahren.

Seit der Gründung der Ukraine 1991 finanzieren und trainieren die USA das ukrainische Militär. Und die USA haben nach eigenen Angaben auch den Maidan Putsch 2014 mit 5 Milliarden Dollar finanziert.

Schon im April 2019 hat die RAND-Corporation, ein US-Think-Tank, in einer Studie einen Strategieplan für die USA gegen Russland in Europa ausgearbeitet, der u.a. Wirtschafts-sanktionen, weitere Stationierung von atombestückten Raketen bzw. Bombern in Europa und Waffenlieferungen an die Ukraine beinhaltet.

Die RAND-Corporation bezeichnet sich als globale Forschungsorganisation, die „Lösungen für politische Herausforderungen entwickelt“. Die Firma beschäftigt 1800 Forscher und andere Spezialisten aus 50 Ländern und hat Standorte in den USA, Europa, Australien usw. Die Firma wird u.a. vom Pentagon, der US-Armee und Luftwaffe, dem CIA und anderen nationalen Sicherheitsbehörden finanziert.

Der Strategieplan vom April 2019 untersucht verschiedene Maßnahmen nach den 3 Kriterien Erfolgswahrscheinlichkeit, Vorteile bzw. Kosten und Risiko nach den Bewertungen hoch, mittel, niedrig!

Die wichtigsten bzw. wirksamsten Maßnahmen gegen Russland sind laut dieser Studie:

Erstens muss Russland auf seiner verwundbarsten Seite angegriffen werden, nämlich auf der Seite seiner stark vom Gas- und Öllexport abhängigen Wirtschaft. Es müssen deswegen Handels- und Finanzsanktionen eingesetzt werden und gleichzeitig muss dafür gesorgt werden, dass Europa die russischen Erdgasimporte verringert, indem es sie durch amerikanisches Flüssigerdgas ersetzt. Genau diese Maßnahmen sind von den USA schon von langer Hand eingeleitet worden und seit Russlands Krieg umgesetzt worden!

Zweitens: Militärisch bietet den USA das Aufstellen von mehr strategischen Bombern und neuer nuklearer Langstreckenraketen gegen Russland nahe dessen Grenzen die hohe Wahrscheinlichkeit für Erfolg bzw. einem hohen Nutzen, die Kosten und das Risiko sind niedrig, ergibt die Studie. Genau das ist in den letzten Jahren passiert, in Rumänien und in Polen wurden bereits Raketenysteme installiert. Weiters kreuzen vier US-Kriegsschiffe im Mittelmeer, die mit dem Aegis-System ausgestattet sind, das nicht nur Raketenabwehrraketen, sondern auch nuklear bestückte Marschflugkörper abfeuern kann.

Drittens: Waffenlieferungen an die Ukraine! „Die Bereitstellung tödlicher Hilfe für die Ukraine würde die größte externe Verwundbarkeit bedeuten, die in angepasster Weise ausgenutzt werden kann, um die Kosten für Russland zu erhöhen ohne einen viel größeren Konflikt zu provozieren. Aber „jede Zunahme von Waffen und militärischer Beratung durch die USA für die Ukraine sollte sorgfältig kalkuliert werden, um die Kosten für Russland zu erhöhen, ohne einen viel größeren Konflikt zu provozieren, in dem Russland auf Grund seiner Nähe erhebliche Vorteile hätte“. Laut der Rand-Corporation Studie ist also die Aufrüstung der Ukraine „Russlands größte externe Schwachstelle“.

Alles zitiert aus: Rand-Corporation „Overextending and Unbalancing Russia“ (Gegner zu übermäßiger Expansion zu zwingen und ihn zu destabilisieren).

https://www.rand.org/pubs/research_briefs/RB10014.html

Die Waffenlieferungen und finanzielle Unterstützung der USA für die Ukraine belaufen sich samt Zusagen, Stand 10. Mai. 2022, auf 42,9 Mrd. Euro, die der EU auf 15,9 Mrd. Euro. (Kronen-Zeitung, 12.06. 2022)

Das gesamte USA-Militärbudget beträgt ca. 740 Mrd. Dollar, das der NATO insgesamt über 1.100 Mrd. Dollar jährlich. Das russische Militärbudget beträgt ca. 61 Mrd. Dollar pro Jahr (Handelsblatt, 22.2.22, Spiegel, SIPRI).

„Bis zum letzten Ukrainer...“

Zur Kriegsstrategie des Westens hatte sich bereits am 24. März Chas Freeman geäußert, ein US-Diplomat, dessen Karriere im Auswärtigen Dienst der Vereinigten Staaten in den Jahren von 1965 bis 1995 ihn unter anderem auf den Posten des US-Botschafters in Saudi-Arabien und in eine Spitzenposition im US-Verteidigungsministerium führte. Freeman urteilt, *„alles, was wir [der Westen] tun, zielt offenbar darauf, die Kämpfe zu verlängern, anstatt ihr Ende und einen Kompromiss zu beschleunigen“*. Das sei *„gut für den militärisch-industriellen Komplex“*; es bestätige *„unsere negativen Ansichten über Russland“*; es stärke die NATO, und es bringe China in Verlegenheit. Zwar werde dieses Vorgehen zu einer großen Zahl an Todesopfern führen; dennoch fragten sich einige im Westen offenbar insgeheim: *„Was ist so schrecklich an einem langen Krieg?“* Schließlich sei das Ganze – de facto ein Stellvertreterkrieg gegen Russland – für den Westen *„im Wesentlichen kostenfrei“*. Man könne – so Freeman – die Strategie der transatlantischen Mächte so auf den Punkt bringen: **„Wir kämpfen bis zum letzten Ukrainer für die ukrainische Unabhängigkeit.“** (zit. nach: www.german-foreign-policy.com; „Bis zum letzten Ukrainer“, 19.4.2022)

Ukraine: „Unsere europäischen Werte“: 1,21 Euro Mindestlohn in der Ukraine

„Die Ukraine ist korrupt – wissen wir, macht nichts, ist ja für die gute Sache. Aber die ärmste und kränkste Bevölkerung, Land als Drehscheibe der europaweiten Niedrigstlöhnerie und des Zigarettenschmuggels, Weltspitze beim Handel mit dem weiblichen Körper – und mehr Soldaten als jeder europäische NATO-Staat.“
(www.nachdenkenseiten.de/?p=86079)

Van der Bellen und die Ukraine:

Gestern:

Alexander Van der Bellen sagte Mitte März 2015 auf die Frage: „**Wie bewerten Sie den Umgang Europas mit Russland?**“ wörtlich folgendes:

„Ich glaube, wenn ich mich öffentlich dazu geäußert hätte, wäre ich als Putin-Versteher diffamiert worden. Ich finde es skandalös, wie nahezu die gesamte europäische Presse, Österreich ist da keine Ausnahme, nicht einmal versucht, russische Positionen zu verstehen. Die Krim war nie ukrainisch, außer in den letzten 50 Jahren. Chruschtschow hat die Halbinsel aus unerfindlichen Gründen damals der Ukraine angegliedert. Wenn es eine indigene Bevölkerung dort gibt, dann sind das die Tataren, sicher nicht die Ukrainer. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die militärisch-strategische Position Russlands. Als 1989 der eiserne Vorhang fiel und die Wiedervereinigung Deutschlands bevorstand, ist Russland zugesichert worden, dass die NATO-Grenze nicht weiter nach Osten verschoben wird. Das geht aus US-Quellen hervor. Die Russen haben aber das Pech, dass das niemals schriftlich vereinbart wurde. Und was ist passiert? Die NATO-Ostgrenze verläuft heute direkt an den Grenzen zu Russland. Ich kann schon verstehen, dass das ein Stirnrunzeln in Russland hervorruft. Wenn Sie 200 Jahre zurückgehen, woher kamen alle Invasoren? Alle durch die Ukraine. Deswegen bin ich sehr erbost, wenn gesagt wird, dass von der Ukraine keine militärische Gefahr ausgeht. Ja natürlich, von der Ukraine selbst nicht, aber dass es sich um ein strategisches Vorfeld Russlands handelt, ist doch klar. Wie haben die USA in den letzten 100 Jahren reagiert, wenn vor ihrer Haustür eine potenzielle Gefahr entstand? Die haben sich auch nicht um das Völkerrecht gekümmert. Da wird mit zweierlei Maß gemessen. Ungeachtet all dieser Faktoren ist das Ukraineproblem lösbar. Aber es scheint auf beiden Seiten keinen guten Willen zu geben.“

Das ganze Interview:

<http://www.nachgehakt.at/alpenrepublik/van-der-bellen-die-spoec-betrachtet-wien-als-ihren-besitz>

Heute:

Heuer erklärte das Staatsoberhaupt bei der Eröffnung der Bregenzer Festspiele, diejenigen, die die Dinge differenziert sehen, so wie van der Bellen selbst im Jahr 2015, in seinen Reden quasi zu Demokratie- und Staatsfeinden. Den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine abzulehnen und zu verurteilen wie auch wir das von Anfang an tun, ist das eine. Für die spätestens seit 2008 mit der Finanzspekulationskrise sichtbar gewordene, beginnende tiefen Wirtschaftskrise, für Klimakatastrophe, Inflation, Teuerung, Demokratieabbau, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung auf der ganzen Welt, jetzt Russland alleine verantwortlich zu machen, ist das andere und entbehrt jeder Grundlage und Vernunft und einer der Wirklichkeit geschuldeten Analyse. Die vom Bundespräsidenten bei den Bregenzer Festspielen in

seinen Eröffnungsrede verwendeten Worte und Formulierungen sollen uns auf Krieg auf der Seite einer Räuberbande gegen die andere Räuberbande einstimmen, mobilisieren und hineinziehen. Österreich als immerwährend neutraler Staat darf und soll alles sagen und tun, was gegen den Krieg und für den Frieden ist, aber darf und muss laut Verfassung alles politisch und diplomatisch unterlassen, was unser Land letztlich militärisch in Abhängigkeit bringt und zum Mitläufer auf einer Seite macht. Denn das bedeutet, in neue Kriege hineingezogen zu werden. Um es mit dem Titel der Rede Van der Bellens bei den Salzburger Festspielen zu sagen: “So kann es nicht weitergehen”.

Die ganze Eröffnungsrede bei den Bregenzer Festspielen: <https://www.bundespraesident.at/aktuelles/detail/eroeffnung-der-bregenzer-festspiele-2022>

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser*innen und Aktivist*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

Mit kollegialen Grüßen, das ÖSK-Team

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein oder per Überweisung

Empfänger*in: ÖSK / **Verwendung:** Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

Wir sind ein Forum von Kolleg*innen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK finanziert sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und Aktivist*innen. Mehr über uns auf: www.prosv.at

Impressum: Medieninhaber, Druck und Redaktion: „Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8 1070 Wien. ZVR 188951949

Offenlegung nach § 25 Mediengesetz: Medieninhaber (Verleger) der periodischen Druckschrift „Solidarität unsere Chance“ ist zu 100% das „Österreichische Solidaritätskomitee – Verein zur Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8, 1070 Wien. Vorstand: W.Leisch, P.Düringer, H.Schmitz. Die grundlegende Linie der periodischen Druckschrift ist die des Vereins.